

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **10.06.2021** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/Rat/036

Beginn öffentlicher Teil: 18:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 21:01 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:00 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 21:03 Uhr

Anwesend: **Ratsvorsitzende**

Weilert-Penk, Christa

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeister

Paul, Matthias

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Alker, Sonja
Apel, Robert
Birgin, Gurbet
Braun, Hartmut
Braun, Jens
Dralle, Karl-Heinz
Dreeskornfeld, Thomas
Fleischmann, Michael ab TOP 5
Frick, Anne
Gersemann, Christiane
Gottschalk, Niklas
Hinz, Arne
Hinz, Gerald
Kaefer, Volkhard, Dr.
Knauer, Detlef
Köneke, Klaus
Meinig, Birgit
Meyer, Andreas
Morch, Hans-Dieter
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger
Perkun, Katrin
Plaß, Barthold
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Schweer, Cord-Heinrich
Sieke, Oliver
Sund, Björn

Zschoch, Mirco

Verwaltung

Kattler, Sebastian
Kugel, Michael
Piel, Anja
Raue, Nicole

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 11.05.2021
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Neubesetzung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: BV 2021 1630
5. Wahl der ehrenamtlichen Vertreter/innen des Bürgermeisters
Vorlage: BV 2021 1631
6. Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr - Nachbenennung eines beratenden Mitgliedes
Vorlage: BV 2021 1629
7. Ernennung des Ortsbrandmeisters Schillerslage
Vorlage: BV 2021 1632
8. Änderung der Straßenreinigungssatzung und -verordnung
Vorlage: BV 2021 1602
9. Zusammenführung der gemeinsamen kommunalen Anstalt Hannoversche Informationstechnologien AöR (hannIT) mit der KDG AöR Göttingen (KDG) - „oneLeine“
Vorlage: BV 2021 1625
10. Bebauungsplan Nr. 2-06 "Ehlershäuser Weg" -
Satzungsbeschluss (gem. § 10 Abs. 1 BauGB)
Bezugsvorlagen: BV 2019 1019, BV 2019 1019/1, BV 2020 1196, BV 2020 1376
Vorlage: BV 2021 1580
11. Bebauungsplan 0-11/5 "Uetzer Straße - Duderstädter Weg" (Projekt Aue Süd),
Satzungsbeschluss
Bezugsvorlage BV 2021 1501 Entwurf, Beteiligung nach § 3 (2) u. § 4 (2) BauGB
Vorlage: BV 2021 1627
12. Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen - Test-Kits für Kindertagesbetreuung
Vorlage: BV 2021 1640

13. Straßenbenennung nach dem langjährigen Stadtbrandmeister A. Michelssen
Vorlage: A 2021 1512
- 13.1. Straßenbenennung nach dem langjährigen Stadtbrandmeister A. Michelssen
Vorlage: BV 2021 1512/1
14. Erhöhung Sportförderung; Antrag gemäß Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom
01.03.2021
Vorlage: A 2021 1540
- 14.1. Erhöhung Sportförderung; Antrag gemäß Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom
01.03.2021
Vorlage: BV 2021 1540/1
15. Geschlechtergerechte Haushaltspolitik - Bereitstellung von Haushaltsmitteln nach
dem Prinzip des Gender Budgeting, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-
Fraktion vom 24.03.2021 -abgesetzt-
Vorlage: A 2021 1561/1
16. Antrag der SPD-Fraktion im Rat: Einrichtung von "Co-Working" Büroflächen in der
Stadt Burgdorf -abgesetzt-
Vorlage: A 2021 1567
17. Besetzung einer Stelle S 12 Vollzeit für die Schulsozialarbeit, Antrag gem. Ge-
schäftsordnung der SPD-Fraktion vom 22.04.2021
Vorlage: A 2021 1584/1
18. Antrag der SPD-Fraktion im Rat: Die Stadt unterstützt aktiv Wohnprojekte
Vorlage: A 2021 1601
19. Hilfe für unsere Vereine und das Ehrenamt in unserer Stadt Burgdorf; Antrag ge-
mäß Geschäftsordnung der Gruppe WGS FreieBurgdorfer vom 18.05.2021
Vorlage: A 2021 1624
- 19.1. Hilfe für unsere Vereine und das Ehrenamt in unserer Stadt Burgdorf; Antrag ge-
mäß Geschäftsordnung der Gruppe WGS FreieBurgdorfer vom 18.05.2021
Vorlage: BV 2021 1624/1
20. "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" - Antrag der Fraktionen Bündnis 90 Die
Grünen, SPD, CDU und FDP vom 27.05.2021
Vorlage: A 2021 1636
- 20.1. "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" - Ergänzungsantrag der Ratsgruppe WGS
Freie Burgdorfer vom 06.06.2021
Vorlage: A 2021 1636/1
21. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Die gestellten Fragen sind dem Protokoll als Anlage 1 hinzugefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Weilert-Penk eröffnete die Sitzung um 18:00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie gratulierte allen Ratsmitglieder, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Weiterhin verwies sie auf die Ergänzungseinladung vom Montag, dem 07.06.2021, mit der die Tagesordnung um den

Tagesordnungspunkt 12

Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen - Test-Kits für Kindertagesbetreuung
Vorlage: BV 2021 1640

ergänzt wurde.

Frau Weilert-Penk teilte mit, dass es von Seiten der Verwaltung folgende Änderungsvorschläge gebe:

1. Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

13.1) Straßenbenennung nach dem langjährigen Stadtbrandmeister A. Michelssen
Vorlage: BV 2021 1512/1

Mit der Ergänzungsvorlage wurde seitens der Verwaltung eine Beschlussempfehlung vorbereitet.

2. Ergänzung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte

14.1) Erhöhung Sportförderung; Antrag gemäß Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom 01.03.2021
Vorlage: BV 2021 1540/1

und

3. 19.1) Hilfe für unsere Vereine und das Ehrenamt in unserer Stadt Burgdorf; Antrag gemäß Geschäftsordnung der Gruppe WGS FreieBurgdorfer vom 18.05.2021 Vorlage: BV 2021 1624/1

Mit den Ergänzungsvorlagen wurden die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport aufbereitet.

4. Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

20.1) "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" – Ergänzungsantrag der Ratsgruppe WGS FreieBurgdorfer vom 06.06.2021
Vorlage: A 2021 1636/1

5. Absetzung des Tagesordnungspunktes 15

Geschlechtergerechte Haushaltspolitik - Bereitstellung von Haushaltsmitteln nach dem Prinzip des Gender Budgeting, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion vom 24.03.2021

Vorlage: A 2021 1561/1

und

6. Absetzung des Tagesordnungspunktes 16

Antrag der SPD-Fraktion im Rat: Einrichtung von "Co-Working" Büroflächen in der Stadt Burgdorf

Vorlage: A 2021 1567

Die Beratungen zu beiden Vorlagen werden in den Fachausschüssen fortgesetzt.

7. Zudem werde die Tagesordnung um einen vertraulichen Punkt ergänzt.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 11.05.2021

Der Rat fasste bei 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 11.05.2021 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es gab keine Mitteilungen.

4. Neubesetzung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: BV 2021 1630

Frau Weilert-Penk teilte mit, dass nach der Berechnung zur Neubesetzung des Verwaltungsausschusses

- auf die SPD-Fraktion drei Beigeordnete,
- auf die Gruppe CDU/FDP zwei Beigeordnete,
- die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein/e Beigeordnete/r und
- die Gruppe WGS und FreieBurgdorfer ein/e Beigeordnete/r

entfallen.

Über das Losverfahren ist zu klären, ob der 8. Sitz im Verwaltungsausschuss auf die Gruppe CDU/FDP entfällt oder auf die AfD-Fraktion. Das Los ist durch die Ratsvorsitzende zu ziehen. Zu Kontrolle der Auslosung wurden Herr Köneke und Herr J. Braun benannt.

Das Losverfahren ergab, dass die Gruppe CDU/FDP einen zusätzlichen Sitz erhält.

Frau Weilert-Penk bat die Ratsfraktionen darum, ihre Beigeordneten und deren Vertreter zu benennen.

Herr G. Hinz teilte mit, dass Herr Paul als Beigeordneter, vertreten durch Frau Meinig sowie Herr G. Hinz, vertreten durch Frau Gersemann, für die SPD Fraktion benannt werden. Die SPD werde nur zwei Beigeordnete benennen und der Gruppe WGS/Freie Burgdorfer die Möglichkeit bieten, einen weiteren Beigeordneten zu benennen.

Herr Dr. Kaever benannte als Beigeordneten Herrn Dr. Kaever und als Vertreter Herrn Schulz für die WGS/Freien Burgdorfer.

Herr Köneke benannte für die Gruppe CDU/FDP als Beigeordneten Herrn Sieke, vertreten durch Herrn Köneke, Herrn Dreeskornfeld, vertreten durch Herrn Schrader, sowie Herrn Meyer, vertreten durch Herrn Schweer.

Herr H. Braun benannte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Heller als Beigeordnete und Herrn H. Braun als Vertreter.

Herr Nijenhof benannte für die WGS/Freie Burgdorfer Herrn Kirstein als Beigeordneten und als Vertreter Herrn Nijenhof.

Herr J. Braun teilte mit, dass die AfD-Fraktion das Grundmandat annehme und Herr J. Braun für das Grundmandat, vertreten durch Herrn Lentz, in den Verwaltungsausschuss entsenden werde.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Neubesetzung des Verwaltungsausschusses wird festgestellt (siehe Anlage 2 zum Ratsprotokoll).

**5. Wahl der ehrenamtlichen Vertreter/innen des Bürgermeisters
Vorlage: BV 2021 1631**

Frau Weilert-Penk ließ den Rat darüber abstimmen, ob erneut zwei stellvertretende Bürgermeister*innen ernannt werden sollen.

Der Rat fasste bei 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Es werden zwei stellvertretende Bürgermeister*innen ernannt.

Frau Weilert-Penk bat um die Vorschläge für die stellvertretenden Bürgermeister*innen.

Herr G. Hinz benannte Herrn Paul als 1. stellv. Bürgermeister.

Herr H. Braun benannte Frau Heller als 2. stellv. Bürgermeisterin.

Herr Fleischmann nahm ab der Abstimmung über die stellvertretenden Bürgermeister*innen an der Ratssitzung teil.

Der Rat fasste bei 31 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Zum 1. stellv. Bürgermeister wird Herr Matthias Paul gewählt.

Zur 2. stellv. Bürgermeisterin wird Frau Simone Heller gewählt.

- 6. Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr - Nachbenennung eines beratenden Mitgliedes**
Vorlage: BV 2021 1629
-

Herr Köneke teilt mit, dass die CDU/FDP Gruppe aufgrund der bald endenden Wahlperiode kein neues Mitglied für den Ausschuss benennen werde.

Der Rat nahm die Mitteilung feststellend zur Kenntnis. Die Ausschussbesetzung kann der Anlage 3 entnommen werden.

- 7. Ernennung des Ortsbrandmeisters Schillerslage**
Vorlage: BV 2021 1632
-

Frau Neitzel bat den Rat darum, der einstimmigen Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses zu folgen und Herrn Scheffler zum Ortsbrandmeister zu ernennen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, Herrn Timo Scheffler mit Wirkung vom 1. Juli 2021 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 30.06.2027) zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Schillerslage der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf zu ernennen.

- 8. Änderung der Straßenreinigungssatzung und -verordnung**
Vorlage: BV 2021 1602
-

Der Rat fasste bei 32 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Burgdorf (Straßenreinigungssatzung) wird in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage Nr. BV 2021 1602 ergebenden (und dem Originalprotokoll als Anlage beigefügten) Fassung

und die

6. Änderungsverordnung zur Verordnung über Art, Maß und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Burgdorf (Straßenreinigungsverordnung) wird in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. BV 2021 1602 ergebenden (und dem Originalprotokoll als Anlage beigefügten) Fassung erlassen.

9. **Zusammenführung der gemeinsamen kommunalen Anstalt Hannoversche Informationstechnologien AöR (hannIT) mit der KDG AöR Göttingen (KDG) – „oneLeine“**
Vorlage: BV 2021 1625
-

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat befürwortet den operativen Zusammenschluss der hannIT mit der KDG zum 01.01.2022.

Der Rat befürwortet die Gründung eines Zweckverbandes zur Erreichung der gewünschten Zielstruktur zum 01.01.2023.

Die Verwaltung wird beauftragt darauf hinzuwirken, dass sämtliche notwendigen Voraussetzungen – einschließlich sämtlicher Verträge/Satzungsänderungen – bis zum 31.08.2021 ausverhandelt werden und den Vertretungen nach Ende der Verhandlungen zur Beschlussfassung zur Verfügung gestellt werden.

Das dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügte Fusionskonzept wird zum Bestandteil des Originals der Niederschrift über die Sitzung des Rates erklärt.

10. **Bebauungsplan Nr. 2-06 "Ehlershäuser Weg" - Satzungsbeschluss (gem. § 10 Abs. 1 BauGB)**
Bezugsvorlagen: BV 2019 1019, BV 2019 1019/1, BV 2020 1196, BV 2020 1376
Vorlage: BV 2021 1580
-

Frau Meinig teilte mit, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage die Infrastruktur in Ehlershausen deutlich verbessert werde. Sie dankte der Verwaltung für die gute Beratung und Begleitung der Anlieger sowie des Ortsrates im Rahmen der Entwicklung des Bebauungsplanes.

Herr Fleischmann bat, bei der bevorstehenden Bebauung auch eine Quote von 25 Prozent an Sozialwohnungen zu berücksichtigen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

A) Von den Ergebnissen der in der Begründung in Kapitel IV.2 wiedergegebenen Beteiligungsverfahren

- der in der Zeit vom 18.11. bis 02.12.2019 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,
- der mit Schreiben vom 07.11.2019 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,
- der in der Zeit vom 23.03. bis 24.04.2020 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
- der mit Schreiben vom 12.03.2020 durchgeführten Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB,
- der in der Zeit vom 08.02. bis 12.03.2021 durchgeführten erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie
- der mit Schreiben vom 28.01.2021 durchgeführten erneuten Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)

wird Kenntnis genommen. Die in der Begründung in Kapitel IV.2 beschriebenen Abwägungsvorschläge werden beschlossen.

und

B) Satzungsbeschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 2-16 „Ehlershäuser Weg“ wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren in der Fassung vom 03.05.2021 als Satzung sowie die Begründung in der Fassung vom 03.05.2021 beschlossen.

- 11. Bebauungsplan 0-11/5 "Uetzer Straße - Duderstädter Weg" (Projekt Aue Süd), Satzungsbeschluss
Bezugsvorlage BV 2021 1501 Entwurf, Beteiligung nach § 3 (2) u. § 4 (2) BauGB
Vorlage: BV 2021 1627**
-

Herr Fleischmann erklärte, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde, da durch das Projekt Aue Süd der Einzelhandel in der Innenstadt gefährdet werde. Weiterhin kritisierte er den aus seiner Sicht zu niedrigen Anteil von 10 Prozent an Sozialwohnungen.

Herr Köneke machte deutlich, dass der Bauungsplan eine Win-Win-Situation für den Investor sowie die Stadt Burgdorf sei. Dieser sehe vor, Wohnraum mit einem Anteil von Sozialwohnungen zu schaffen und gleichzeitig den Gewerbestandort zu sichern. Zudem sei der Bau einer Kindertageseinrichtung durch den Investor positiv zu bewerten.

Herr G. Hinz lobte das Projekt als guten Beitrag zur Stadtteilentwicklung.

Herr Nijenhof erklärte, dass die WGS/FreieBurgdorfer Gruppe für das Projekt

stimmen werde.

Frau Heller erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls für das Projekt stimmen werde. Sie hob hervor, dass die Investoren beim Bau umweltfreundliche Baustoffe verwenden würden. Einziges Manko an dem Projekt sei aus ihrer Sicht, dass die Etablierung eines Biosupermarktes bisher nicht gelungen sei.

Der Rat fasste 32 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgenden

Beschluss:

1. Die Ergebnisse der folgenden Beteiligungsverfahren zur Aufstellung der 5. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans „Uetzer Straße – Duderstädter Weg“, die in der anliegenden Begründung in Kapitel 10 „Verfahrensablauf/Abwägungsvorgang“ bzw. den Anlagen 2, 3 und 4 der Begründung wiedergegeben sind, werden zur Kenntnis genommen:

- **der in der Zeit vom 10.08.2020 bis 25.08.2020 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,**
- **der mit Schreiben vom 30.07.2020 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,**
- **der in der Zeit vom 06.04.2021 bis 07.05.2021 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und**
- **der mit Schreiben vom 25.03.2021 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.**

Die in der Planbegründung und den zugehörigen Anlagen beschriebenen Abwägungsvorschläge werden beschlossen.

2. Satzungsbeschluss:

Die 5. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 0-11 „Uetzer Straße – Duderstädter Weg“ wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung in der Fassung vom 17.05.2021 als Satzung beschlossen.

Dem Bebauungsplan werden beigefügt

- **die Planbegründung in der Fassung vom 17.05.2021 sowie**
- **die Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a BauGB, die in Kapitel 11 der Begründung wiedergegeben ist.**

**12. Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen - Test-Kits für Kindertagesbetreuung
Vorlage: BV 2021 1640**

Frau Gersemann äußerte ihr Bedauern darüber, dass das Land Niedersachsen nicht wie ursprünglich vorgesehen Mitte Juni Test-Kits zur Verfügung stellen könne, sondern erst im August. Es sei nicht sinnvoll bis dahin zu warten, da die Tests helfen, die Ausbreitung des Corona Virus einzudämmen. Darüber hinaus sei die Beschaffung der Tests ein wichtiges Signal für Eltern und Kindern, die gerade in dieser besonderen Zeit Verlässlichkeit bräuchten. Mit einer Refinanzierung durch das Land sei zu rechnen. **Frau Gersemann** dankte der

Verwaltung für die Initiative, die Test-Kits früher zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Fraktion befürwortete die frühzeitige Anschaffung. **Frau Gersemann** richtete die Bitte an die Eltern, ihre Kinder zweimal die Woche testen zu lassen.

Herr Nijenhof befürwortete die Anschaffung der Test-Kits. Er kritisierte jedoch die Entscheidung des Rats gegen den Einsatz von mobilen Luftfilteranlagen. Dies sei aus seiner Sicht eine nachhaltigere und kostengünstigere Investition in den Infektionsschutz als die Beschaffung von Test-Kits.

Herr J. Braun kritisierte die Anschaffung von Test-Kits als Eingriff in die Handlungsfreiheit und körperliche Unversehrtheit der Kinder.

Herr Knauer kritisierte Herrn J. Brauns Äußerung als rechten Populismus. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde für die Anschaffung der Kits stimmen.

Der Rat fasste bei 31 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG i. V. m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG den überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 105.000 € bei den Produktkonten 36100.427102 / 36100.727102 (Test-Kits für Kindertagesbetreuung) zu.

**13. Straßenbenennung nach dem langjährigen Stadtbrandmeister A. Michelssen
Vorlage: A 2021 1512**

Die Tagesordnungspunkte 13 und 13.1 wurden gemeinsam beraten.

**13.1. Straßenbenennung nach dem langjährigen Stadtbrandmeister A. Michelssen
Vorlage: BV 2021 1512/1**

Herr Meyer begründete den Antrag auf Benennung der Straße nach Adolf Michelssen und bat die Ratsmitglieder um Zustimmung.

Herr Morich verwies auf die jahrelange Diskussion im Rat um die Benennung der Straße nach Adolf Michelssen. Es sei gut, dass nun endlich eine Entscheidung getroffen werde. **Herr Morich** hob die Verdienste von Herrn Michelssen für die Stadt Burgdorf hervor.

Herr Nijenhof lobte den Arbeitskreis für Straßenbenennung für dessen kooperative Zusammenarbeit. Mit der Benennung der Straße nach Adolf Michelssen werde dessen großes Engagement für die Stadt Burgdorf gewürdigt.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Es wird beschlossen, die südliche Straße zum Schulzentrum Nord (gelbe Fläche auf dem anliegenden Lageplan) in die „Adolf-Michelssen-Straße“ zu benennen.

Frau Weilert-Penk unterbrach die Ratssitzung von 19.02 Uhr bis 19.13 Uhr zum Lüften des Sitzungssaales.

**14. Erhöhung Sportförderung; Antrag gemäß Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom 01.03.2021
Vorlage: A 2021 1540**

Die Tagesordnungspunkte 14 und 14.1 wurden gemeinsam beraten.

**14.1. Erhöhung Sportförderung; Antrag gemäß Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom 01.03.2021
Vorlage: BV 2021 1540/1**

Herr Dreeskornfeld stellt den Antrag vor. Ziel des Antrags sei es, die in Not geratenen Vereine zu unterstützen. Gerade der Mitgliederschwund sowie die bevorstehenden energetischen Sanierungen der Vereinsgebäude stellten eine große Herausforderung für die Vereine dar.

Herr Fleischmann befürwortete den Antrag als notwendige Stärkung der Vereine im Rahmen der Corona Krise.

Herr H. Braun erklärte, dass er die in dem Antrag vorgesehene finanzielle Unterstützung gerade hinsichtlich der bevorstehenden Klimaschutzmaßnahmen wie die energetische Gebäudesanierung für die Vereine für sinnvoll halte.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Allgemeine Sportförderung (Produkt 42100) soll von 10.000 EUR pro Jahr auf 50.000 EUR pro Jahr erhöht werden.**
- 2. Die Erhöhung soll rückwirkend zum 01.01.2021 beschlossen werden.**

**15. Geschlechtergerechte Haushaltspolitik - Bereitstellung von Haushaltsmitteln nach dem Prinzip des Gender Budgeting, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion vom 24.03.2021 -abgesetzt-
Vorlage: A 2021 1561/1**

16. Antrag der SPD-Fraktion im Rat: Einrichtung von "Co-Working" Büroflächen in der Stadt Burgdorf -abgesetzt-

**17. Besetzung einer Stelle S 12 Vollzeit für die Schulsozialarbeit, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion vom 22.04.2021
Vorlage: A 2021 1584/1**

Frau Gersemann bedankte sich bei den Ratsmitgliedern für die gute Diskussion im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport sowie für die Unterstützung des Antrages.

Herr Fleischmann hob die Bedeutung der Stelle hervor und teilte mit, dass er dem Antrag zustimmen werde.

Herr J. Braun kritisierte den Antrag der SPD. Aus seiner Sicht seien die Probleme, die mit Hilfe der beantragten Sozialarbeiter*innen-Stelle behoben werden sollen, auf die Politik der SPD zurück zu führen. Statt der Unterstützung der Familiensozialarbeit sei aus seiner Sicht eine Familienförderung, die vorsehe, auch die Familien stärker in die Verantwortung zu nehmen, erforderlich.

Frau Gersemann kritisierte Herrn J. Braun für dessen Äußerungen. Sie verwies auf die hohe psychische Belastung der Schüler*innen als Auswirkungen der Corona Krise.

Herr Sund kritisierte Herrn J. Brauns Ausführungen als unseriös.

Herr G. Hinz erklärte, dass die Aussagen von Herrn J. Braun auf dessen rechte Gesinnung hindeuten würden.

Herr Fleischmann erklärte, dass die Corona Krise bestehende Probleme der Schüler*innen verstärkt habe. Der Einsatz von Sozialarbeiter*innen könne maßgeblich zu einer Besserung beitragen.

Der Rat fasste bei 32 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgenden

Beschluss:

1. Von den für das Projekt 2. Chance im Stellenplan 2021 eingestellten zwei Stellen Sozialarbeiter/-in S 12 wird eine Stelle in Vollzeit ohne den Vorbehalt einer Refinanzierung über den Jugendhilfekostenausgleich schnellstmöglich ausgeschrieben und besetzt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt 2. Chance bei nächster Gelegenheit in die Neuverhandlungen über den Jugendhilfekostenausgleich einzubringen mit dem Ziel der Refinanzierung möglichst zu 80%.

**18. Antrag der SPD-Fraktion im Rat: Die Stadt unterstützt aktiv Wohnprojekte
Vorlage: A 2021 1601**

Herr Paul hob den Einsatz von Wohnprojekten für die Stadtgesellschaft und zur Stärkung des Nachbarschaftslebens hervor. Er bat um die Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag A 2021 1601 „Die Stadt unterstützt aktiv Wohnprojekte“ der SPD-Fraktion wird in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau überwiesen.

- 19. Hilfe für unsere Vereine und das Ehrenamt in unserer Stadt Burgdorf;
Antrag gemäß Geschäftsordnung der Gruppe WGS FreieBurgdorfer
vom 18.05.2021
Vorlage: A 2021 1624**
-

Die Tagesordnungspunkte 19 und 19.1 wurden gemeinsam beraten.

- 19.1. Hilfe für unsere Vereine und das Ehrenamt in unserer Stadt Burgdorf;
Antrag gemäß Geschäftsordnung der Gruppe WGS FreieBurgdorfer
vom 18.05.2021
Vorlage: BV 2021 1624/1**
-

Herr Nijenhof erklärte, dass der Antrag aus insgesamt vier Punkten bestehe, davon stünden zwei bereits zur Abstimmung, über die beiden anderen werde noch im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport beraten. Aus seiner Sicht sei der Antrag ein wichtiges Zeichen für die Vereine, dem insbesondere mit einem einstimmigen Votum Ausdruck verliehen werden könne.

Der Rat fasste bei 32 Ja-Stimmen und einer Enthaltung

Beschluss:

- 1.) Die Stadt Burgdorf erhebt im Jahr 2021 von den gemeinnützigen Vereinen mit Sitz in der Stadt Burgdorf keine Nutzungsentgelte, Gebühren, Mieten oder Pachten für die Nutzung von Sporthallen, Sportstätten oder anderen städtischen Gebäuden.**
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt mit den in der Stadt Burgdorf ansässigen Vereinen Kontakt aufzunehmen und abzufragen, inwieweit ein Förderbedarf aufgrund der Pandemie vorliegt. Darauf aufbauend sollen die Vereine eine Förderung erhalten, die sich an den laufenden Kosten und den entgangenen Einnahmen, sowie auch ggf. an den Mitgliedsaustritten orientieren sollen. Beispielhaft wird als Grundlage die überarbeitete Förderung durch die Stadt Lehrte herangezogen.**

**20. "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" - Antrag der Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen, SPD, CDU und FDP vom 27.05.2021
Vorlage: A 2021 1636**

Die Tagesordnungspunkte 20 und 20.1 wurden gemeinsam beraten.

**20.1. "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" - Ergänzungsantrag der Ratsgruppe WGS Freie Burgdorfer vom 06.06.2021
Vorlage: A 2021 1636/1**

Frau Heller teilte ihre Freude über die entstandene politische Allianz zum Klimaschutz sowie die bevorstehende Abstimmung mit. Die Allianz sei ein wichtiges Signal für den Klimaschutz.

Herr Sieke erklärte, dass die bisher fehlende politische Einigung unbefriedigend gewesen sei. Deshalb sei die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit wichtig, um den Klimaschutz voranzutreiben und der Nachwelt eine intakte Umwelt zu hinterlassen. Der Antrag sei zudem nicht als Kontrolle von Klimavorschriften, sondern als Orientierung für einen nachhaltigen Klimaschutz zu verstehen.

Herr Dreeskornfeld erklärte, dass der Antrag zum Klimaschutz als Absichtserklärung zu verstehen sei. Bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen gelte es stets die Wirtschaftlichkeit im Blick zu behalten.

Herr Zschoch kritisierte den Einsatz der SPD und der Grünen für den Klimaschutz. Aus seiner Sicht sei dies Wahlkampfretorik. Weiterhin stellte er die Sinnhaftigkeit des Antrags hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit in Frage. Beim Einsatz von Elektrofahrzeugen im Bereich der Feuerwehr sei es aus seiner Sicht nicht gewährleistet, dass die Ladezeit des Akkus der Fahrzeuge für einen Feuerwehreinsatz ausreiche. Der kürzlich erfolgte Brand von Elektrobussen im Betriebshof der ÜSTRA habe auf mögliche Sicherheitsrisiken durch Elektrofahrzeuge hingewiesen. Seitens der Feuerwehr bestünden zudem Bedenken hinsichtlich der Einsatzfähigkeit von Elektrofahrzeugen im Feuerwehrralltag. **Herr Zschoch** erklärte, dass aus seiner Sicht eine Abstimmung über den Antrag ohne vorherige Beratung im Verwaltungsausschuss nicht möglich sei. Sollte zunächst eine Abstimmung im Verwaltungsausschuss erforderlich sein, empfehle er den Antrag zuvor im Feuerwehrausschuss zu beraten. Für den Fall, dass eine vorbereitende Beratung nicht erfolgen werde, beantrage er eine namentliche Abstimmung über den Antrag, um auf das seiner Meinung nach unverantwortliche Handeln der Ratspolitiker hinzuweisen.

Herr G. Hinz erklärte, dass Klimaschutz ein zentrales Thema der Gesellschaft sei. Er freue sich, dass der Antrag nun auf den Weg gebracht wurde. Die Frage wie beispielsweise mit der Energieversorgung der Altbestände umgegangen werden soll, gelte es künftig nach der erfolgten Kommunalwahl im September zu klären.

Herr Dr. Kaefer verwies auf die Bedeutung von Klimaschutz. Die Gruppe WGS/FreieBurgdorfer sei aber der Meinung, dass dieses Ziel nicht über Verbote erreicht werden können, sondern die Bürger*innen schrittweise

mitgenommen werden müssen. Bei der Anschaffung von Elektrofahrzeugen gelte es die Höhe der anfallenden Kosten zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollte es nicht verpflichtend sein, dass die Energieversorgung in Neubaugebieten über erneuerbare Energien erfolge.

Herr Nijenhof erklärte, dass der Ergänzungsantrag der Gruppe WGS/Freie Burgdorfer zum Ziel habe, eine maßvolle Umsetzung des Klimaschutzes ohne Zwang zu gewährleisten.

Herr Schulz unterstrich die Notwendigkeit von Klimaschutz. In diesem Zusammenhang hob er das Vorgehen der Stadtverwaltung gegen so genannte Schottergärten als positives Beispiel hervor. Er halte den Ausschluss von fossilen Brennstoffen als Energieträger für nicht sinnvoll.

Herr Paul verwies darauf, dass es Feuerwehrfahrzeuge gebe, die sowohl über einen Elektromotor als auch einen Dieselmotor betrieben werden.

Herr Pollehn teilte mit, dass er sich eine möglichst breite Zustimmung für den Antrag wünsche. Er bedankte sich für die fraktionsübergreifende Initiative für den Klimaschutz, die auch ein klimaneutrales Baugebiet vorsehe. Er schlug eine sofortige Abstimmung über den Antrag sowie den Beschluss des Antrags als Resolution vor. Die bisher nicht erfolgte Beratung im Verwaltungsausschuss könne durch das vom Klimaschutzmanager zu erarbeitende Klimaschutz und dem Verwaltungsausschuss zur Abstimmung vorzulegende Klimaschutzkonzept erfolgen. Weiterhin sollen Politik und Bürger*innen in der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen fortlaufend miteinbezogen werden.

Herr Nijenhof verwies auf die Kommunalverfassung, die eine Beratung des Antrags im Verwaltungsausschuss vorsehe. Er verdeutlichte, dass der Ergänzungsantrag der Gruppe WGS/Freie Burgdorfer weiter bestehen bliebe und bat um eine Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Antrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU und FDP.

Frau Weilert-Penk unterbrach die Sitzung von 20.19 Uhr bis 20.43 Uhr für eine Beratungspause. Anschließend ließ sie darüber abstimmen, ob die Abstimmung des Antrags in Form einer namentlichen Abstimmung erfolgen solle.

Der Rat fasste bei 30 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die Abstimmung über den Antrag A 2021 1636 „Klimaschutz als kommunale Aufgabe“ der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU und FDP vom 27.05.2021 erfolgt nicht in Form einer namentlichen Abstimmung.

Frau Weilert-Penk wies darauf hin, dass der Ursprungsantrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen wurde und die in diesem Rahmen erfolgte Beratung für den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU und FDP nicht berücksichtigt werden könne. Um die Einbringung des Antrages rechtssicher zu gestalten, sei es sinnvoll die Beratungsfolge einzuhalten und den Antrag zunächst in den Ausschuss für Um-

welt, Stadtentwicklung und Bau zu überweisen und dann im Verwaltungsausschuss und Rat zu beraten.

Herr Nijenhof appellierte, den Antrag auch in den Feuerwehrausschuss zu überweisen.

Herr Knauer erklärte, dass er dem Antrag nicht zustimmen werde, da er eine Überweisung in den Ausschuss für eine unnötige Verzögerung halte.

Herr Apel erklärte, dass der Antrag rechtssicher sein müsse um diesen politischen Schulterschluss nicht zu torpedieren. Zumal eine Rechtssicherheit den Generalkonsens verstärke.

Frau Heller erklärte, dass sie in ihrer E-Mail an den Bürgermeister darauf hingewiesen habe, den Antrag zur Abstimmung in den Rat geben zu wollen. Sie habe allerdings keinen Hinweis erhalten, dass diese Vorgehensweise nicht rechtssicher sei. **Frau Heller** bat den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau zu überweisen.

Frau Weilert-Penk ließ über die Überweisung in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau abstimmen.

Der Rat fasste bei 32 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgenden

Beschluss:

Der Antrag A 2021 1636 „Klimaschutz als kommunale Aufgabe“ der Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen, SPD, CDU und FDP vom 27.05.2021 sowie der Ergänzungsantrag A 2021 1636/1 "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" der Ratsgruppe WGS FreieBurgdorfer vom 06.06.2021 werden in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau überwiesen.

Anschließend ließ **Frau Weilert-Penk** über die Überweisung in den Feuerwehrausschuss abstimmen.

Der Rat lehnt bei 22 Ja-Stimmen und zehn Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Überweisung in den Feuerwehrausschuss ab.

Frau Weilert-Penk ließ über den Antrag als Resolution abstimmen.

Herr Fleischmann verließ die Ratssitzung und nahm nicht an der Abstimmung teil.

Der Rat fasste bei 27 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der Antrag A 2021 1636 „Klimaschutz als kommunale Aufgabe“ der Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen, SPD, CDU und FDP vom 27.05.2021 wird als Resolution im Sinne einer Selbstverpflichtung der politischen Akteure beschlossen.

21. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es gab keine Anfragen.

Einwohnerfragestunde

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführer